

Niederschrift

über die 18. Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft
am Donnerstag, **24.11.2011**, 17:12 Uhr - 21:16 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Sybille Benning, Heinz Georg Buddenbäumer, Georg Fehlauer (als Vertretung für Stefan Weber), Horst Kisnat, Stefan Roth, Walter von Göwels, Simone Wendland,

von der SPD-Fraktion

Thomas Fastermann, Inge Jachmann, Isa Müller-Ehrenberg (als Vertretung), Kurt Pölling (als Vertretung), Karl-Heinz Winter,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Helga Bennink, Carsten Peters, Reinhard Scholz, Christine Schulz (als Vertretung für Jörn Möltgen),

von der FDP-Fraktion

Jürgen Reuter, Hans Varnhagen (als Vertretung für Robert Fraude),

von DIE LINKE.

Joachim Krurup (als Vertretung für Ursula Münsterjohann),

Sachkundige Einwohner/innen

Dr. Gerhard Bonn, Sebastian Leidinger (als Vertreter für Christoph Thiel), Heinrich Möllers (als Vertretung für Irmgard Hilgensloh), Uwe Raffloer, Deler Saber (als Vertreter für Dr. Georgios Tsakalidis), Franz-Josef Sauer,

von der Verwaltung

Reinhard Adams, Stephan Böhme, Gerd Franke, Nicole Hildebrandt, Dietmar König, Jörg Krause, Andreas Leifken, Dirk Lohaus, Michael Milde, Marion, Philipp, Gabriele Regenitter, Christian Schowe, Hartwig Schultheiß, Michael Tegtmeier, Siegfried Thielen, Gerd Uken, Ulrich Winter,

für die Schriftführung

Regina Dittmer,

Es fehlten:

Achim Dejozé, Robert Fraude, Irmgard Hilgensloh, Jörn Möltgen, Ursula Münsterjohann, Christoph Thiel, Dr. Georgios Tsakalidis, Stefan Weber, Patrik Werner,

Gäste:

Herr Heinz Jakob Thyssen, Wasserschiffahrtsamt Rheine (zum TOP 6.1).

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 18. Sitzung (Etat) (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft am 24.11.2011

Tagesordnung**Öffentliche Sitzung**

1. **Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**
2. **Genehmigung der Tagesordnung**
 - 2.1. Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist.
3. **Mitteilungen der Verwaltung**
4. **Anträge und Eingaben**
5. **Haushaltsplanberatungen**
 - 5.1. Beratung der bestplatzierten Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt 2011

Bezug: Dokumentation der 90 bestplatzierten Bürger-vorschläge (Anlage zur Ratsvorlage V/0532/2011)
 - 5.2. Beratung des Haushaltsplanes 2012 und des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2012 - 2015

Produktgruppen 02.07, 09.01, 09.02, 10.01, 10.02, 12.02

Haushaltsanträge

Veränderungslisten
6. **Beratungen mit externer Berichterstattung**

- 6.1. Ausbau DEK im Bereich Stadtstrecke Münster / Vorstellung des überarbeiteten Bauzeitenplans

mündlicher Vortrag durch das Wasser- und Schifffahrtsamt Rheine

7. Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen, Wirtschaft

V/0800/2011

III

V/0633/2011

V

V/0675/2011

V

V/0533/2011

III

V/0818/2011

V

V/0829/2011

V

V/0666/2011

V

- 7.1. Aktualisierung Masterplan Stadthäfen Münster

- 7.2. Fortführung der Teilnahme am European Energy Award

- 7.3. Weiterführung der Wärmedämmstandards in Münster mit schrittweiser Einführung des Passivhausstandards

- 7.4. Klimaschutz in der Stadtplanung - Klima schonende Verkehrsentwicklung und Klimaschutz in der räumlichen Stadtentwicklung und im Städtebau

- 7.5. Dortmund-Ems-Kanal - Kanalüberführung (KÜ)

- 7.6. Maßregelvollzug in Nordrhein-Westfalen

- 7.7. Geschäftsbericht des Amtes für Wohnungswesen

8. Stadtplanung

- 8.1. Neubau eines Hochhauses am Berliner Platz (ehem. "Metropolis")
- stadtstrukturelle und städtebauliche Beurteilung -

- 8.2. Veränderungssperre Nr. 104 für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 538: Salzstraße / Von-Vincke-Straße / Windthorststraße / Promenade

- 8.3. Ausschreibung der städtischen Liegenschaft "York-Ring / Steinfurter Straße"

- 8.4. Vorstellung der Wettbewerbsergebnisse "Fortbildungszentrum der Industrie- und Handelskammer, Sentmaringer Weg"

mündlicher Bericht

9. Verkehr

- 9.1. Allgemeine Vorschrift der Stadt Münster gem. Art. 3 Abs. 2 VO (EG) 1370/2007 zum Ausgleich von Mindereinnahmen im Ausbildungsverkehr

- 9.2. Verbesserungen an Haltestellen - Förderprogramme 2012

V/0822/2011

III

V/0664/2011

III

- | | | |
|---------------------------|------------|--|
| <u>V/0723/2011</u>
III | 9.3. | Bröderichweg - barrierefreier Ausbau der Haltestelle "Salzmannstraße" (Maßnahme im Haltestellenprogramm 2012)
Planungsbeschluss |
| <u>V/0681/2011</u>
III | 9.4. | Änderungsantrag der SPD- und CDU-Fraktion an den ASSVW zur Vorlage V/0570/2010: Coermühle - erst fragen, dann handeln! |
| <u>V/0572/2011</u>
III | 9.5. | Voruntersuchung zum Ersatz der Prinzbrücke |
| <u>V/0780/2011</u>
III | 9.6. | Durchführung eines Expertenworkshops zum Thema "Öffentlichkeitsarbeit umweltfreundliche Mobilität" |
| | 10. | Bauvorhaben |
| | 10.1. | Marktallee 2 - 4 |
| | 11. | Verschiedenes |

Der Ausschussvorsitzende Herr Reuter stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest, begrüßte Mitglieder, Gäste und Verwaltungsangehörige und eröffnete die Sitzung.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Herr Reuter verpflichtete Herrn Saber als Mitglied im Ausschuss.

Punkt 2 der Tagesordnung

Genehmigung der Tagesordnung

Frau Bennink beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, den Tagesordnungspunkt 7.1 von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Winter beantragte für die SPD-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 7.1 auf der Tagesordnung zu belassen, jedoch die Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt in eine Sondersitzung am 13.12.2011 zu schieben.

Herr Reuter ließ zunächst über den weiter gehenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL abstimmen. Dieser Antrag wurde bei Für-Stimmen durch Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE mit Gegenstimmen von CDU, SPD und FDP mehrheitlich **abgelehnt**.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde einstimmig angenommen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Sondersitzung für den 13.12.2011 vorzubereiten, da nach

dem Sitzungskalender an diesem Tag keine Kollision mit anderen Fachausschüssen besteht.

Herr Winter beantragte für die SPD-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 7.3 von der Tagesordnung abzusetzen. Der Ausschuss beschloss dies einvernehmlich.

Ebenso beantragte Herr Winter für die SPD-Fraktion, den Tagesordnungspunkt 9.3 abzusetzen. Herr Kisnat (CDU) erhob Gegenrede. Nachdem Herr Reuter den Beschluss der Bezirksvertretung Münster-Nord aus dem vorliegenden Beratungsverlauf zitiert hatte, beschloss der Ausschuss einvernehmlich, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Peters beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, den Tagesordnungspunkt 9.5 abzusetzen. Nach kurzer Aussprache stimmte der Ausschuss ab: Dieser Antrag wurde bei Für-Stimmen durch Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE mit Gegenstimmen von CDU, und FDP bei Einhaltung der SPD mehrheitlich **abgelehnt**.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Herrn Reuter beschloss der Ausschuss zudem einvernehmlich, die Tagesordnungspunkte 7.7 und 10.1 von der Tagesordnung abzusetzen.

Die so geänderte Tagesordnung wurde genehmigt.

Punkt 2.1 der Tagesordnung	Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist.
----------------------------	---

Die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen war nicht erforderlich für die Tagesordnungspunkte 7.2, 7.6, 9.2 und 9.6; für die übrigen Tagesordnungspunkte wurde die Anwesenheit erbeten.

Punkt 3 der Tagesordnung	Mitteilungen der Verwaltung
--------------------------	-----------------------------

Als schriftliche Mitteilungen waren verteilt worden bzw. lagen auf den Tischen vor:

- Regionalplan Münsterland; hier: Sachlicher Teilabschnitt „Energie“
- Initiative Innenentwicklung – „Neues Wohnen im Bestand“ im Bahnhofsquartier; Informationsveranstaltung am 29.11.2011
- Auslegung Planfeststellung für den Ausbau der Bundesstraße 51 (B 51) 3. Bauabschnitt
- Kosten für archäologische Grabungen und Dokumentation; Urteil des OVG NRW
- Soziale Wohnraumförderung

Herr Schowe informierte, dass die Verwaltung dem Ausschuss anlässlich des zuerkannten Landespreises Verkehrssicherheit eine aktuelle Ausgabe der Zeitschrift „fahrradfreundlich mobil“ verteilt hatte.

Punkt 4 der Tagesordnung**Anträge und Eingaben**

Anträge oder Eingaben waren nicht bekannt zu geben.

Frau Schulz (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) fragte zum Bearbeitungsstand des Antrages ihrer Fraktion "Mehr Platz für Radverkehr" bzw. der Beantwortung einer schriftlichen Anfrage von Herrn Möltgen dazu. Antwort: Die Anfrage an Herrn Möltgen war bereits beantwortet. Es wurde zugesagt, dass die Fraktion eine Kopie erhalten werde. In diesem Zusammenhang wies Herr Schowe darauf hin, die Auftragsdichte einerseits und die begrenzten Bearbeitungskapazitäten andererseits es nicht in jedem Fall zulassen, alle Anträge umgehend zu erledigen. Zugleich machte er deutlich, dass das Thema Verkehrssicherheit in der konzeptionell und in der Umsetzung im Vordergrund stehe.

Punkt 5 der Tagesordnung**Haushaltsplanberatungen****Punkt 5.1 der Tagesordnung****Beratung der bestplatzierten Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt 2011**

Bezug: Dokumentation der 90 bestplatzierten Bürgervorschläge (Anlage zur Ratsvorlage V/0532/2011)

In die Beratungszuständigkeit des Ausschusses fielen die Vorschläge Nrn. 41, 66, 119, 169, 171, 173, 174, 245, 260, 263, 264, 333, 433, 456, 475, 490, 492, 525 und 526.

Zu dem Vorschlag Nr. 41 hatte die Bezirksvertretung Münster West den Beschluss gefasst, den Bürgervorschlag abweichend vom Vorschlag der Verwaltung aufzugreifen. Dementsprechend war zur Sitzung ein grünes Veränderungsblatt als Anregung der Bezirksvertretung vorgelegt worden.

Der Ausschuss griff diese Anregung auf Nachfrage des Vorsitzenden Herrn Reuter nicht auf.

Zu dem Vorschlag Nr. 245 hatte die Bezirksvertretung Münster Ost den Beschluss gefasst, den Bürgervorschlag abweichend vom Vorschlag der Verwaltung aufzugreifen. Dementsprechend war zur Sitzung ein grünes Veränderungsblatt als Anregung der Bezirksvertretung vorgelegt worden.

Der Ausschuss griff diese Anregung auf Nachfrage des Vorsitzenden Herrn Reuter nicht auf.

Zum Vorschlag Nr. 490 wurde auf Nachfrage von Herrn Fastermann (SPD) geklärt, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung auf dem Datenblatt Nr. 490 ist, dass „der Vorschlag in die weiteren Überlegungen einbezogen wird“. Das angekreuzte Feld „soll nicht aufgegriffen werden“ ist ein redaktioneller Fehler.

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde einvernehmlich gefolgt.

Zum Vorschlag Nr. 525 beantragte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, den Bürgervorschlag abweichend vom Vorschlag der Verwaltung aufzugreifen.

Herr Reuter ließ über den Vorschlag abstimmen:

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung, den Vorschlag nicht aufzugreifen, wurde mit Für-Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Gegenstimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE angenommen.

Über alle übrigen Vorschläge wurde zusammenhängend abgestimmt.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die jeweiligen Beschlussvorschläge der Verwaltung anzunehmen.

Punkt 5.2 der Tagesordnung	Beratung des Haushaltsplanes 2012 und des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2012 - 2015
	Produktgruppen 02.07, 09.01, 09.02, 10.01, 10.02, 12.02
	Haushaltsanträge
	Veränderungslisten

Die SPD-Fraktion hatte einen zunächst als Antrag formulierten Prüfauftrag an die Verwaltung eingebracht, der diverse Anregungen zu den Zielen betreffend die Produktgruppen 02.07, 09.01, 09.02, 10.01, 10.02 und 12.02 enthielt. Es wurde vereinbart, dass die Verwaltung diese Anregungen prüft und diese Prüfung in die Fortschreibung der Ziele einfließen lässt. [Anm. der Prüfauftrag wurde den Fachämtern im Nachgang zur Sitzung zugeleitet.]

Die CDU-Fraktion beantragte, die Beratung der vier vorgelegten Veränderungsblätter durch die Verwaltung in den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zu schieben.

Dieser Antrag wurde einvernehmlich beschlossen.

Sodann ließ Herr Reuter über den noch nicht veränderten Entwurf des Haushaltsplanes für die Produktgruppen 02.07, 09.01, 09.02, 10.01, 10.02 und 12.02 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den vorgelegten Entwurf des Haushaltsplanes zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung	Beratungen mit externer Berichterstattung
Punkt 6.1 der Tagesordnung	Ausbau DEK im Bereich Stadtstrecke Münster / Vorstellung des überarbeiteten Bauzeitenplans
	mündlicher Vortrag durch das Wasser- und Schifffahrtsamt Rheine

Herr Reuter begrüßte Herrn Thyssen vom Wasser- und Schifffahrtsamt Rheine als externen

Berichterstatter.

Herr Thyssen beschrieb ausführlich, wann die einzelnen Baumaßnahmen (Neubau der Brücken und Düker sowie der Streckenausbau) gemäß aktuellem Bauzeitenplan durchgeführt werden sollen. Der Realisierungszeitraum bis 2022 werde beibehalten. Dies sei einerseits aufgrund nur in begrenzter Höhe zur Verfügung stehender Haushaltsmittel erforderlich und andererseits bedingt durch die technischen Aspekte wie Verkehrslenkung, Lärminderung und Baustellenandienung, die über einen längeren Bauzeitenablauf in den verkehrlichen Ost-West-Beziehungen in der Stadt und bei den Anliegern spürbar milder ausfallen werden.

[Anm. der Folienvortrag war den Fraktionen im Nachgang zur Sitzung zugeleitet worden.]

Es erfolgte eine ausführliche Aussprache.

Fraktionsübergreifend sprachen sich die Mitglieder dafür aus, alle Möglichkeiten zu nutzen, die Bauzeiten entgegen dieser zeitlichen Planung zu verkürzen. Zudem sei es ein dringendes Anliegen, dass die jeweiligen Teilmaßnahmen vollständig fertig gestellt werden.

An das Wasser- und Schifffahrtsamt Rheine wurde der Appell gerichtet, bei der Durchführung der geplanten Baumaßnahmen insbesondere folgende Aspekte zu beachten:

- die Öffentlichkeit und die angrenzenden Anlieger im Vorfeld des eigentlichen Baubeginns und der jeweils einzelnen Baumaßnahmen rechtzeitig und umfassend durch das WSA zu informieren,
- die Umsetzung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und die unverzügliche Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes des Umfeldes direkt im Anschluss an die Fertigstellung der jeweiligen Baumaßnahmen zu gewährleisten,
- die konkrete Abstimmung der Baustellenandienung mit der Stadt Münster vor Ausschreibung der jeweiligen Baumaßnahmen vorzunehmen und dem Ausschuss vorzustellen und die Ergebnisse in das Baustellenmanagement sowie die abzuschließenden Bauverträge mit aufzunehmen,
- die Benutzbarkeit der vorhandenen bzw. künftigen Betriebswege entlang des DEK während der einzelnen Baumaßnahmen so weit wie möglich zu gewährleisten.

[Anm.: Siehe hierzu auch das zwischenzeitlich versandte Schreiben des Wasser- und Schifffahrtsamtes Rheine vom 30.11.2011]

Herr Reuter bat Herrn Thyßen eindringlich, das Stimmungsbild dieser Beratung mitzunehmen und nach den Möglichkeiten zu berücksichtigen. Er verband dies mit dem Appell, die Maßnahme in der Haushaltsplanung des Bundes noch weiter zu priorisieren.

Sodann schloss er diesen Tagesordnungspunkt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen, Wirtschaft

Punkt 7.1 der Tagesordnung V/0800/2011

Aktualisierung Masterplan Stadthäfen Münster

Bei der Genehmigung der Tagesordnung war beschlossen worden, diesen Tagesordnungspunkt nur kurz zu beraten und sodann in die Sondersitzung am 13.12.2011 zu vertragen.

Die SPD-Fraktion brachte einen Änderungsantrag zur Vorlage ein:

„Änderungsantrag zur Vorlage V/0800/2011: Aktualisierter Masterplan Stadthäfen Münster

Im Zusammenhang mit dem Beschluss des ASSVW zur Durchführung des Hafenforums wurde von der Verwaltung ein Grundlagen- und Perspektivplan als Diskussionsgrundlage für die Fortschreibung des Masterplans Stadthäfen Münster vorgestellt.

In der Umsetzung entsprechender Ratsbeschlüsse hat die Verwaltung vom September 2010 bis Mai 2011 ein Hafenforum durchgeführt, an dem sich Bürger, Grundstückseigentümer und Interessengruppen beteiligten.

Im Vorfeld des Hafenforums haben die Investoren für den geplanten Einzelhandel am Hansaring und die Investoren für die geplante Wohnbebauung auf dem ehem. OSMO-Gelände ihre Bauplanungen für Projekte der Politik und der Öffentlichkeit vorgestellt.

So wurde in dem Diskussionsprozess des Hafenforums die Fortschreibung des Masterplan Stadthäfen Münster ebenso wie auch die detaillierten Baupläne, die später Grundlage für Bebauungsplanverfahren werden sollen, erörtert, beraten und Vorschläge dazu eingebracht.

Die Investoren erwarten nach dem Hafenforum von der Politik neben einer Entscheidung zur Fortschreibung des Masterplans Stadthäfen Münster auch Aussagen und Beschlüsse zu ihren Investitionsvorhaben. Dies wurde von ihnen zuletzt in der Sitzung des ASSVW am 13.10.2011 vorgetragen.

Auch die Bürgerschaft erwartet von der Politik neben den Fortschreibungsbeschlüssen zum Masterplan Stadthäfen Münster ebenfalls Entscheidungen zu den Bauvorhaben der beiden Investorengruppen.

Vor diesem Hintergrund möge der Ausschuss beschließen:

Beschlussvorschlag:

- I. Sachentscheidung:
 - A. Masterplan Stadthäfen Münster
 1. Der in der Sitzung des ASSVW am 13.10.2011 von der Verwaltung vorgestellte aktualisierte Masterplan Stadthäfen Münster (Anlage 1) wird wie folgt ergänzt bzw. geändert:
 - a. Die Möglichkeiten einer Fußgänger- und Radwegverbindung über den Stadthafen 1 in Form einer Brücke sind in dem Plan aufzunehmen.
 - b. Der Vorschlag zur Errichtung einer Marina am Nordufer des Stadthafens 1, innerhalb des Grundstücks der Stadtwerke Münster wird nicht in die Fortschreibung des Stadthafens aufgenommen. Stattdessen wird die Verwaltung beauftragt, Möglichkeiten für die Anlage einer Marina am Dortmund-Ems-Kanal im Stadtgebiet aufzuzeigen und den ASSVW darüber zu informieren.
 - c. Die Ausweisung eines Stadtbereichszentrums (SBZ) zwischen Hafenweg und Hansaring wird aufgehoben. Stattdessen wird diese Fläche für eine gemischte Nutzung mit Einzelhandel, Wohnen und Dienstleistung vorgesehen.
 - d. Die Option Quartiersparken für den vorgenannten Bereich bleibt erhalten.
 - e. Zwischen dem unter c. genannten Fläche für Einzelhandel und der sich anschließenden ehem. OSMO-Fläche ist ein öffentlicher Fuß- und Radweg mit alleeartiger Bepflanzung vorzusehen. Damit soll für das dicht bebaute Wohngebiet nördlich der Schillerstraße eine Grünanbindung vom Hansaplatz bis zur Wegeführung am Nordufer des Stadthafens I erhalten.

- f. Die vorhandene, vorläufige und großflächige Gastronomienutzung am Nordufer des Stadthafens 1 auf dem Gelände der Stadtwerke Münster ist auszuschließen.
 - g. Auf dem Gelände an der Südseite des Stadthafens 1 ist eine Nutzung für großflächige Gastronomienutzung auszuweisen. Diese soll in Bereich der unter a. genannten Fuß- und Radwegeverbindung angesiedelt sein.
Der so aktualisierte Masterplan Stadthäfen Münster wird als handlungsleitende Grundlage für die weitere strukturelle und städtebauliche Entwicklung und die erforderlichen Bauleitplanverfahren der Stadthäfen Münster beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den gem. Beschlusspunkt 1. aktualisierten Masterplan Stadthäfen Münster in einer Informationsveranstaltung der interessierten Öffentlichkeit zeitnah vorzustellen.
- B. Investorenvorhaben „Einzelhandel“ zwischen dem Hafenweg und dem Hansaring (ehem. Postgelände):
Bei der weiteren Bauleitplanung in Form eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans ist die Gesamtverkaufsfläche auf max. 4.000 qm zu begrenzen.
- C. Investorenvorhaben „Wohnen“ auf dem ehem. OSMO-Gelände:
- 1. Bei der weiteren Bauleitplanung in Form eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans sind differenzierte Wohnformen, von Einpersonenhaushalten als auch Familienwohnungen auszugehen. Dazu sollen unterschiedliche Grundrisstypologien Bestandteil der Planung werden.
 - 2. Das neue Wohngebiet muss seinen Beitrag zu dem Abbau des großen Fehlbedarfs an preisgünstigen Wohnungen in Münster leisten. Darum ist ein Anteil von 25 % der Wohnungen als öffentlich geförderte Wohnungen einzuplanen.
 - 3. Das Wegenetz im Wohngebiet soll öffentlich für die Bürger des Stadtteils nutzbar sein, darum ist ein öffentliches Fußwegerecht vorzusehen.
 - 4. Bei der Umsetzung des Baukonzeptes haben die Investoren eine Mehrfachbeauftragung unterschiedlicher Architekten für einzelne Bauzeilen vorzunehmen. Dadurch soll, in Anlehnung an das bewährte Verfahren bei dem Projekt Schulstraße eine Differenzierung in der Fassadengestaltung erreicht und eine „Adressenbildung“ für einzelne Bereiche gefördert werden.
- D. Informationsveranstaltung
Die Informationsveranstaltung gem. Beschlusspunkt A.2. unter Einbindung der Beschlusspunkte zu B. und C. dient zugleich als frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB für die Bereiche des Stadthafens I nördlich des Albersloher Weges und beiderseitig des Dortmund-Ems-Kanals auf Basis des aktualisierten Masterplans vorzunehmenden Bauleitplanverfahren. Die Verwaltung bereitet die erforderlichen Beschlüsse zur Fortführung bzw. zum Einstieg in die Bauleitplanverfahren vor.
- E. Stadtwerke-Grundstück
Die Verwaltung wird beauftragt, für die Stadtwerke eigenen Grundstücke

1. nördlich des Stadthafen 1 (Anlage 3) in Abstimmung mit der Stadtwerke Münster GmbH einen Investoren- / Architektenwettbewerb (Realisierungswettbewerb) vorzubereiten, in dem insbesondere die folgenden inhaltlichen Aspekte untersucht und Vorschläge zur wirtschaftlich darstellbaren Umsetzung aufgezeigt werden sollen:
 - Teilerhalt der OSMO-Hallen mit wohnverträglicher Nutzung,
 - Dienstleistungs- / Büronutzung, evtl. mit untergeordneter Wohnungsnutzung,
2. südlich des Stadthafen 1 (Anlage 3b) städtebauliche Untersuchungen unter Beachtung der Nutzungs- und Verwertungsziele des Grundstückseigentümers (Stadtwerke Münster GmbH) durchzuführen, mit denen insbesondere die Umsetzungsfähigkeit folgender Vorschläge aufgezeigt werden sollen:
 - Wegeverbindung zwischen Hafennord- und Hafensüdseite,
 - öffentliches Parkplatzangebot auf der Hafensüdseite,
 - Konkretisierung der städtebaulichen Strukturen gem. den grundlegenden Zielsetzungen des aktualisierten Masterplans Stadthäfen Münster mit Gestaltungsvorschlag von öffentlich zugänglichen Freiflächen und den Erhalt und der Integration von Hafen typischen Objekten und Gebäuden.

F. wie Verwaltungsvorlage, Punkt 5.

II. Finanzielle Auswirkungen:
wie Verwaltungsvorlage.“

Herr Raffloer brachte für die Ratsgruppe UWG/ÖDP einen Änderungsantrag ein:

„Änderungsantrag: Vorlage V/0800/2011: Aktualisierter Masterplan Stadthäfen Münster

Die Ratsgruppe stellt den Antrag, die Beschlussvorlage wie folgt zu ändern:

Der Punkt 4 der Vorlage wird vollständig gestrichen. “

Nach Abschluss der Rednerliste wurde dieser Tagesordnungspunkt ohne Beschlussfassung in die Sondersitzung verlagert.

**Punkt 7.2 der Tagesordnung
V/0633/2011**

**Fortführung der Teilnahme am European Energy
Award**

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:**I. Sachentscheidung:**

Die Stadt Münster beteiligt sich vorbehaltlich der Förderzusage durch das Land NRW in Höhe von 20.500 Euro für weitere drei Jahre am European Energy Award.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Teilnahme am European Energy Award Gesamtkosten von 29.869 Euro entstehen, wobei sich durch einen Förderanteil des Landes NRW von 20.500 Euro der Eigenanteil der Stadt Münster auf 9.369 Euro über drei Jahre reduziert. Die erforderlichen Mittel stehen im Haushaltsplanentwurf 2012, Finanzplan und Investitionsprogramm 2012 – 2015 wie folgt zur Verfügung:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1401	Übergreifender Umweltschutz			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach-/ Dienstleistungen	2012 2013 2014	8.568 8.568 12.733	
Insgesamt:				29.869	

Einnahmen Förderzuschuss des Landes NRW					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1401	Übergreifender Umweltschutz			
Zeile	2	Zuwendungen und allg. Umlagen	2012 2013 2014	5.900 5.900 8.700	apl. Einnahme dito dito
Insgesamt:				20.500	

Eigenanteil					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1401	Übergreifender Umweltschutz			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach-/ Dienstleistungen	2012 2013 2014	2.668 2.668 4.033	
Insgesamt:				9.369	

**Punkt 7.3 der Tagesordnung
V/0675/2011**

Weiterführung der Wärmedämmstandards in Münster mit schrittweiser Einführung des Passivhausstandards

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

**Punkt 7.4 der Tagesordnung
V/0533/2011**

Klimaschutz in der Stadtplanung - Klima schonende Verkehrsentwicklung und Klimaschutz in der räumlichen Stadtentwicklung und im Städtebau

Herr Reuter verwies auf den zur Sitzung verteilten Beratungsverlauf, mit dem die Verwaltung ausführlich Stellung genommen hatte zum Änderungsbeschluss im Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen (AUB).

Herr Fastermann (SPD) trug vor, dass der Beschluss des AUB richtig sei und griff diesen auf.

„Beschlusstext in der Fassung des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen:

I. Sachentscheidung:

1. Die Berichte „Klima schonende Verkehrsplanung“ und „Klimaschutz in der räumlichen Stadtentwicklung und im Städtebau“ werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Ratsantrag der SPD-Fraktion vom 15.09.2008 (A-R/0047/2008) ist mit den vorgelegten Berichten erledigt.

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Für den Bereich Verkehr einen Bericht vorzulegen über die Handlungsfelder, die nach Aussage der Gutachter im Klimaschutzkonzept 2020 bisher „mit noch zu geringer Intensität angegangen“ oder „kaum erfasst“ wurden, sowie die, die „den Klimaschutzzielen eher entgegenstehen“ (S. 47).
2. Vorschläge zu unterbreiten zum zukünftigen Umgang mit diesen Handlungsfeldern.
3. Mögliche Klimaschutzindikatoren im Verkehr mit entsprechenden Zielwerten vorzustellen.
4. Aussagen darüber zu machen, welche Emissionsminderungspotentiale die Verwaltung mit welchen Maßnahmen beeinflussen könnte, mit Aussagen über Kosten und Nutzen.
5. Für den Bereich Planung ~~einen Auftrag an ein externes Büro zu erteilen bis zum Ende des 1. Quartals 2012~~ den „Leitfaden energiegerechte Bauleitplanung“ auf die neuesten gesetzlichen Rahmenbedingungen (Klimaschutznovelle des BauGB vom 22.07.2011) abzustimmen.
6. Den „städtebaulichen Klimacheck“ (Anlage 2 b) zukünftig jedem Projekt beizufügen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten und Folgekosten.“

Die Verwaltung erläuterte die Aussagen ihrer Stellungnahme.

Herr Reuter empfahl dem Ausschuss, die Vorlage in der Ursprungsfassung zu beschließen.

Dann ließ er über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss den Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Fassung des Beschlusses des Ausschusses für Umweltschutz und Bauwesen mehrheitlich mit Für-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE sowie Gegenstimmen von CDU und FDP.

Damit fasste der Ausschuss den nachfolgenden **geänderten** Beschluss.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

1. Die Berichte „Klima schonende Verkehrsplanung“ und „Klimaschutz in der räumlichen Stadtentwicklung und im Städtebau“ werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Ratsantrag der SPD-Fraktion vom 15.09.2008 (A-R/0047/2008) ist mit den vorgelegten Berichten erledigt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt:

- 3.1. Für den Bereich Verkehr einen Bericht vorzulegen über die Handlungsfelder, die nach Aussage der Gutachter im Klimaschutzkonzept 2020 bisher „mit noch zu geringer Intensität angegangen“ oder „kaum erfasst“ wurden, sowie die, die „den Klimaschutzziele eher entgegenstehen“ (S. 47).
- 3.2. Vorschläge zu unterbreiten zum zukünftigen Umgang mit diesen Handlungsfeldern.
- 3.3. Mögliche Klimaschutzindikatoren im Verkehr mit entsprechenden Zielwerten vorzustellen.
- 3.4. Aussagen darüber zu machen, welche Emissionsminderungspotentiale die Verwaltung mit welchen Maßnahmen beeinflussen könnte, mit Aussagen über Kosten und Nutzen.
- 3.5. Für den Bereich Planung ~~einen Auftrag an ein externes Büro zu erteilen~~ bis zum Ende des 1. Quartals 2012 den „Leitfaden energiegerechte Bauleitplanung“ auf die neuesten gesetzlichen Rahmenbedingungen (Klimaschutznovelle des BauGB vom 22.07.2011) abzustimmen.
- 3.6. Den „städtebaulichen Klimacheck“ (Anlage 2 b) zukünftig jedem Projekt beizufügen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten und Folgekosten.

**Punkt 7.5 der Tagesordnung
V/0818/2011**

Dortmund-Ems-Kanal - Kanalüberführung (KÜ)

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

**Punkt 7.6 der Tagesordnung
V/0829/2011**

Maßregelvollzug in Nordrhein-Westfalen

Der Ausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**Punkt 7.7 der Tagesordnung
V/0666/2011**

Geschäftsbericht des Amtes für Wohnungswesen

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Punkt 8 der Tagesordnung

Stadtplanung

**Punkt 8.1 der Tagesordnung
V/0428/2011/1**

**Neubau eines Hochhauses am Berliner Platz
(ehem. "Metropolis")
- stadtstrukturelle und städtebauliche Beurteilung -**

Die SPD-Fraktion brachte einen Änderungsantrag zur Vorlage ein:

„Änderungsantrag zur Vorlage V/0428/2011/1:

Neubau eines Hochhauses am Berliner Platz (ehem. « Metropolis ») -stadtstrukturelle und städtebauliche Beurteilung-

Beschlussvorschlag:

- I. Sachentscheidung:
 1. wie Vorlage
 2. wie Vorlage
 3. wie Vorlage
 4. Die Eignung des Grundstücks Berliner Platz 39 (ehem. «Metropolis») als Standort für ein Hochhaus wird grundsätzlich anerkannt. **Allerdings ist die Gesamthöhe des Gebäudes auf 35 Meter zu begrenzen.**
 5. wie Vorlage
 6. wie Vorlage
 7. **Vor Beschluss des Bebauungsplans für das von den Investoren beantragte Vorhaben ist von diesen ein rechtsverbindlicher Mietvertrag mit dem Studentenwerk Münster über eine Laufzeit von 10 Jahren für das Bauvorhaben vorzulegen.**
- II. Finanzielle Auswirkungen :
wie Vorlage »

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL brachte einen Änderungsantrag zur Vorlage ein:

„Änderungsantrag zur Vorlage V/0428/2011/1. Erg. „Neubau eines Hochhauses am Berliner Platz (ehem."Metropolis") - stadtstrukturelle und städtebauliche Beurteilung“

Der ASSVW möge beschließen:

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung

1-6 wie Vorlage

7. neu:

Für das Planungsverfahren gelten folgende Maßgaben:

7.1. Das Bauvorhaben soll sich in seiner Höhenentwicklung an der Umgebung orientieren. Es darf deshalb die Höhe des benachbarten „Conti“-Hauses nicht überschreiten.

7.2. Die Nachhaltigkeit der Wohnnutzung ist durch einen städtebaulichen Vertrag abzusichern. Die Eigentümer müssen sich insbesondere dazu verpflichten, der Stadt ein Vorkaufsrecht für das Grundstück und das Gebäude sowie für evtl. gebildetes Teileigentum einzuräumen.“

Es folgte eine ausführliche Diskussion.

Die Sitzung wurde zweimal unterbrochen (20.20 – 20.38 Uhr sowie 20.48 – 20.55 Uhr).

Nach Wiedereintritt in diesen Tagesordnungspunkt beantragte Frau Bennink (Bündnis 90/Die Grünen/GAL):

„Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes wird geschoben in die Sondersitzung am 13.12.2011.“

Abstimmung:

der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde mit Für-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL und DIE LINKE bei Gegenstimmen von CDU und FDP mehrheitlich angenommen.

Sodann wurde dieser Tagesordnungspunkt in die Sondersitzung vertagt.

**Punkt 8.2 der Tagesordnung
V/0747/2011**

**Veränderungssperre Nr. 104 für den Bereich des
Bebauungsplans Nr. 538: Salzstraße / Von-Vincke-
Straße / Windthorststraße / Promenade**

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:
Die anliegende

S a t z u n g

**der Stadt Münster über die Veränderungssperre Nr. 104
für den Bereich des Bebauungsplans Nr. 538:
Salzstraße / Von-Vincke-Straße / Windthorststraße / Promenade**

wird beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Der Stadt Münster entstehen durch die Veränderungssperre Nr. 104 keine Kosten.

**Punkt 8.3 der Tagesordnung
V/0824/2011**

**Ausschreibung der städtischen Liegenschaft
"York-Ring / Steinfurter Straße"**

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

- 1.) Die Verwaltung führt ein Mindestgebotsverfahren mit dem Ziel der Veräußerung der städtischen Liegenschaft „York-Ring / Steinfurter Straße“ mit einer Gesamtgröße von 5.657 qm zu den im Exposé (Anlage) dargestellten Bedingungen und Modalitäten auf der Grundlage einer örtlichen und regionalen Ausschreibung durch.
- 2.) Die Mittel für die Übernahme der Entsorgungsmehrkosten durch die Stadt in Höhe von max. 126.000,00 € incl. MWSt. werden bereit gestellt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen neben Inseratskosten weitere Kosten für die Entsorgung belasteten Bodenmaterials oberhalb vorgegebener Grenzwerte, im Übrigen keine Folgekosten.

Kostenbereitstellung: 126.000,00 €:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2012	126.000	
Summe aller Aufwendungen/Saldo				126.000	

Punkt 8.4 der Tagesordnung	Vorstellung der Wettbewerbsergebnisse "Fortbildungszentrum der Industrie- und Handelskammer, Sentmaringer Weg"
	mündlicher Bericht

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Punkt 9 der Tagesordnung	Verkehr
---------------------------------	----------------

Punkt 9.1 der Tagesordnung V/0822/2011	Allgemeine Vorschrift der Stadt Münster gem. Art. 3 Abs. 2 VO (EG) 1370/2007 zum Ausgleich von Mindereinnahmen im Ausbildungsverkehr
---	---

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster erlässt die Allgemeine Vorschrift der Stadt Münster gem. Art. 3 Abs. 2 VO (EG) 1370/2007 zum Ausgleich von Mindereinnahmen im Ausbildungsverkehr (Anlage 1).
2. Der Anteil an der Landespauschale, der von der Stadt Münster als Ausgleichsleistung gem. § 11 a Abs. 2 ÖPNVG NRW den antragsberechtigten Verkehrsunternehmen zur Verfügung gestellt wird, beträgt 95 %. Die verbleibenden 5 % werden von der Stadt Münster gem. § 11a Abs. 3 ÖPNVG NRW verwendet. Diese Aufteilung erfolgt vorbehaltlich einer Bedarfsüberprüfung in den Folgejahren und ist ggf. neu festzulegen

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Allgemeine Vorschrift (Anlage 1) die Verwendung der der Stadt Münster ab 2011 ff gemäß §11(a) ÖPNVG NRW übertragenen Landesmittel regelt.

Punkt 9.2 der Tagesordnung V/0664/2011	Verbesserungen an Haltestellen - Förderprogramme 2012
---	--

Die Anregung der Bezirksvertretung Münster-Hiltrup, die als Beratungsverlauf verteilt worden war, wurde nicht aufgegriffen.

Die CDU-Fraktion brachte einen Änderungsantrag ein:

„ASSVW-Sitzung 24.11.2011, TOP 9.2, V 664/2011
Verbesserungen an Haltestellen – Förderprogramme 2012

Antrag:

Die Prioritätenliste des Förderprogramms „Anlage) wir wie folgt geändert:

Die Maßnahme Nr. 3 (Grevener Straße/Am Burloh/Richtung Salzmannstraße) wird in den nicht priorisierten Teil des Programms verschoben.“

Abstimmungsergebnisse:

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion wurde bei Für-Stimmen der CDU, Gegenstimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL und Enthaltung durch FDP und DIE LINKE mehrheitlich **abgelehnt**.

Sodann beschloss der Ausschuss die nicht geänderte Vorlage einstimmig.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

1. Den Haltestellenstandorten zum Förderprogramm „Verbesserungen an Haltestellen 2012“ wird auf der Grundlage der Prioritätenliste (lfd. Nr. 1-17) vom 19.09.2011 zugestimmt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Verkehrsflächen und - anlagen			
Zeile	02	Zuwendungen und allgemei- ne Umlagen	2012	440.000	
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2012	550.000	
Saldo:				110.000	

Die Maßnahmen sind zu 80 % förderfähig, die Höhe der Kostenerstattung durch das Land beträgt 440.000,00 €.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Maßnahmen unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung durch das Land und des Eigenanteils der Stadt durch den Rat im Rahmen der Haushaltsatzung 2012 stehen.

**Punkt 9.3 der Tagesordnung
V/0723/2011**

**Bröderichweg - barrierefreier Ausbau der Haltestelle "Salzmannstraße" (Maßnahme im Haltestellenprogramm 2012)
Planungsbeschluss**

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

**Punkt 9.4 der Tagesordnung
V/0681/2011**

Änderungsantrag der SPD- und CDU-Fraktion an den ASSVW zur Vorlage V/0570/2010: Coermühle - erst fragen, dann handeln!

Herr Fastermann (SPD) bat, der Fachhochschule Münster für ihre Unterstützung zu danken, und regte zudem an, die Geschwindigkeiten durch das Ordnungsamt kontrollieren zu lassen.

Der Ausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**Punkt 9.5 der Tagesordnung
V/0572/2011**

Voruntersuchung zum Ersatz der Prinzbrücke

Herr Böhme erläuterte, dass die Variante 5 die empfohlene Vorzugsvariante sei. Das Gutachten des Wasserschiffverkehrsamtes solle untersuchen, ob die alte Brücke so zu ertüchtigen ist, dass sie dauerhaft als Fuß- und Radwegeverbindung zu nutzen ist. Falls dies nach dem Gutachten nicht möglich sein wird, werde diese Variante angepasst, um einen alternativen neuen Überbau als Fuß- und Radwegeverbindung zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss die Vorlage bei Enthaltung durch Bündnis 90/Die Grünen/GAL einstimmig.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

1. Die Voruntersuchung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung bittet die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, für die weiteren Planungen die Variante 5 zugrunde zu legen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch die o. g. Sachentscheidung der Stadt Münster keine Kosten und keine Folgekosten entstehen.

**Punkt 9.6 der Tagesordnung
V/0780/2011**

**Durchführung eines Expertenworkshops zum
Thema "Öffentlichkeitsarbeit umweltfreundliche
Mobilität"**

Herr Dr. Bonn regte an:

„Die Seniorenvertretung möge zu diesem Workshop eingeladen werden.“

Herr Sauer regte an:

„Auch die KIB – Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen möge zu diesem Workshop eingeladen werden.“

Der Ausschuss griff beide Anregungen auf.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss die **so geänderte** Vorlage einstimmig.

Beschluss:

I. Sachentscheidung

Die Verwaltung wird beauftragt,

- a. einen Expertenworkshop zum Thema „Öffentlichkeitsarbeit umweltfreundliche Mobilität“ durchzuführen. Hierzu sollen unter anderem Vertreter der Verkehrs- und Umweltverbände, der Stadtwerke Münster, der Politik und Verwaltung und des Klimabeirates **sowie die Seniorenvertretung und die Kommission zur Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen** eingeladen werden.
- b. die Ergebnisse des Workshops aufzubereiten und dem Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft zur Beratung vorzulegen.
- c. die finanziellen Mittel aus 2011 nach 2012 zu übertragen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1401	Übergreifender Umweltschutz, Klima, Immissionsschutz, Boden, Abfall			
Zeile	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2011 2012 2013	20.000 20.000 20.000	
Insgesamt:				60.000	

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan 2011 bei der Produktgruppe 1401 gemäß Ratsbeschluss vom 08.12.2010 (V/0592/2010 + V/0592/2010/1. Erg.) veranschlagt. Es müssen keine zusätzlichen Haushaltsmittel eingestellt werden.

Punkt 10 der Tagesordnung	Bauvorhaben
----------------------------------	--------------------

Punkt 10.1 der Tagesordnung	Marktallee 2 - 4
------------------------------------	-------------------------

Dieser Tagesordnungspunkt war von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Punkt 11 der Tagesordnung	Verschiedenes
----------------------------------	----------------------

Es gab keine Wortbeiträge.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 21.16 Uhr

gez.

Jürgen Reuter
Vorsitz

gez.

Regina Dittmer
Schriftführung